

<b>ANTRAG</b> Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadtrat Johannes Honné (GRÜNE) Stadtrat Alexander Geiger (GRÜNE) Stadtrat Michael Borner (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  vom 21. September 2010	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>15. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>19.10.2010</b> <b>531</b> <b>21</b>  <b>öffentlich</b>
<b>Kein Pestizideinsatz auf öffentlichen Grünflächen</b>		

Die Stadtverwaltung verzichtet im Bereich öffentlicher Grünflächen auf den Einsatz synthetischer Pestizide. Es kommen lediglich Substanzen zum Einsatz, die auch in der biologischen Landwirtschaft zugelassen sind (gem. EU-Verordnung für ökologischen Landbau).

#### **Sachverhalt/Begründung:**

Aus der Antwort auf eine Anfrage der GRÜNEN Fraktion vom Juli 2010 ergibt sich, dass die Stadtverwaltung u. a. im Bereich von Zoo und Stadtgarten sowie an Platanen im Stadtgebiet verschiedene Pestizide einsetzt, die u. a. als bienenschädlich bekannt und wegen ihrer Umweltgefährdung umstritten sind. Hinzu kommt, dass im Vorfeld der Pflanzenschutzmaßnahmen keine Information der Öffentlichkeit erfolgt.

Die GRÜNE-Fraktion ist der Auffassung, dass im Bereich öffentlicher Grünflächen die gleichen Regeln für Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen gelten sollten wie auch auf den durch die Stadt landwirtschaftlich genutzten Flächen bzw. Streuobstwiesen. Eine solche Maßnahme dient nicht nur dem Schutz von Insekten und anderen Tierarten, sondern verhindert auch wirksam eine mögliche Gefährdung von Menschen. Insbesondere Kinder können durch giftige Pestizide gefährdet werden.

Aus aktuellen Untersuchungen u. a. in den Niederlanden, Kanada und Italien ergibt sich, dass manche von der Karlsruher Stadtverwaltung eingesetzten Substanzen (Gruppe der Neonicotinoide) für Bienen gefährlich sind.

Neonicotinoide haben eine hohe Persistenz, können also über mehrere Jahre im Boden verbleiben. Nach Angaben des Landesimkerverbands kann sogar die Aufnahme des Guttationswassers, das Bäume bei hoher Luftfeuchtigkeit abgeben, zu Vergiftungserscheinungen bei Insekten führen. Auch in Karlsruhe sind Fälle von Bienensterben bekannt. Nicht zuletzt deshalb sollte die Stadtverwaltung hier mit gutem Beispiel vorangehen und Gefährdungsursachen so weit wie möglich ausschließen.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Johannes Honné

Alexander Geiger

Michael Borner

Hauptamt - Sitzungsdienste

8. Oktober 2010